



Die Landesbehindertenbeauftragte Simone Fischer will, dass Menschen mit Behinderung sich uneingeschränkt beteiligen können. Denn Sichtbarkeit schaffe Akzeptanz und Normalität. FOTO: ACHIM ZWEYGARTH

Interview: Simone Fischer

„Teilhabe ist kein Add-on, sie ist ein Recht“

Simone Fischer ist seit gut zwei Jahren Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Im Interview erklärt sie, warum die Inklusion teils nur schleppend vorankommt und wie sie das ändern will.

Staatsanzeiger: Frau Fischer, können Menschen mit Behinderung im Südwesten gleichberechtigt teilhaben?

Simone Fischer: Wir haben Fortschritte gemacht, was die gleichberechtigte Teilhabe betrifft. Doch ist sie nicht überall gleich stark ausgeprägt.

Wie kann man die Teilhabe verbessern?

Sie muss von Anfang an konsequent mitgedacht werden. Nehmen wir die E-Ladesäulen. Sie sollten barrierefrei zugänglich sein, die Höhe der Bedienbarkeit für Rollstuhlfahrer muss beachtet werden. Wenn man dies mitdenkt, wäre es besser und günstiger, als wenn man nachrüsten muss. So wie es beim Bauen oder Bushaltestellen öfters der Fall ist. Bleiben wir bei den Bushaltestellen. Kommunen können Fördermittel vom Land abrufen, um diese DIN-konform barrierefrei umzubauen. Allerdings fehlt im Bereich der Barrierefreiheit häufig die Konsequenz, wenn die gesetzlichen Vorgaben nicht eingehalten werden.

Zum Beispiel?

Das sehen wir etwa beim Personenbeförderungsgesetz, der Nahverkehr sollte eigentlich bis 2022 umgestaltet sein. Oder wenn nicht richtig barrierefrei gebaut wird. Die Konsequenzen tragen die Menschen.

Also noch ein langer Prozess.

Ja, wir befinden uns aber glücklicherweise mittendrin und finden Verbündete, können vieles mitgestalten.

Sie üben auch Kritik an der Situation von Kindern mit Behinderung.

Viele Kitas bemühen sich und setzen Inklusion erfolgreich um. Doch gibt es viele Hürden, teils fehlt auch Wissen. Das Land hat den Modellversuch Inklusion in acht Modellregionen durchgeführt. Dort erfolgt Quali-

fizierung und Coaching für das Kita-Team. Diese Angebote braucht es in ganz Baden-Württemberg.

Eine Herausforderung angesichts des Personalmangels.

Dann wird das Thema Inklusion gar nicht oder auf die Inklusionskraft übertragen. Fällt sie aus, darf das Kind nicht in die Kita kommen. Betreuungzeiten werden gekürzt, mehr als bei nichtbehinderten Kindern, und es kommt zu Kündigungen. Es geht sogar so weit, dass Kita-Träger Satzungen ändern und Ausschlusskriterien für Kinder mit besonderen Bedarfen festlegen. Es besorgt mich, denn es ist nicht gerecht und widerspricht allem, woran wir gesetzlich gebunden sind, was die UN-Behindertenrechtskonvention und das SGB VIII vorgeben, nämlich dass Kinder unabhängig von Beeinträchtigungen gleichberechtigt Zugang finden.

Wie umsetzen?

Ziel muss sein, dass gemeinsames Aufwachsen, Lernen und Zusammenleben selbstverständlich sind. In der Realität zeigt sich, dass die Zugänge zur Inklusion für Familien mit Behinderungen mit höheren Hürden verbunden sind, als der Weg in den Sonderschulkindergarten oder das Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentrum. Dies beginnt damit, dass Eltern einen Antrag stellen, die Beförderung sowie vielfach Kita- und Schulbegleitungen aufwendig organisieren müssen, bis hin zu den unterschiedlichen Kita-Gebühren.

Der Fachausschuss zur Staatenprüfung hat Deutschland kein gutes Zeugnis ausgestellt, was die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) angeht.

Deutschland hat die UN-BRK neben 184 Staaten unterschrieben. Sie hat den Rang eines Bundesgesetzes. Der Ausschuss kritisiert, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern an separierenden Strukturen festhält. Dazu zählen etwa große be-

sondere Wohnformen, Werkstätten, Sonderschulkindergärten. Vielerorts werden sie sogar aus- und neugebaut. Dies widerspricht der UN-BRK.

Steht das Thema Inklusion angesichts multipler Krisen hinten an?

Pandemie, Kriege und Krisen haben die Fortschritte zurückgedrängt, aber wir müssen vorankommen. Denn es handelt sich nicht um ein Nice-to-have oder Add-on sondern um Rechte, eine verpflichtende Aufgabe. Dass Menschen mit Behinderung gleiches Recht auf Zugang und Teilhabe haben, rückt im Alltag immer wieder in den Hintergrund. Aber die aktuelle politische Lage ist ein Grund mehr, sich auf allen Ebenen mit Inklusion zu beschäftigen und demokratische Belange in den Fokus zu rücken.

Ähnlich ist es in der Arbeitswelt.

In 40 von 44 Stadt- und Landkreisen

„Es ist wichtig, dass Menschen mit Behinderung in den Gemeinderäten, im Landtag und im Bundestag vertreten sind.“

Simone Fischer,

zur Inklusion, anlässlich des Tages der Menschen mit Behinderung am Sonntag

erfüllen die dort ansässigen Unternehmen durchschnittlich die Schwerbehindertenquote nicht. 379 000 schwerbehinderte Menschen sind im erwerbsfähigen Alter. 140 000 davon sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. 1000 schwerbehinderte Personen machen eine Ausbildung, es gibt über 16 000 arbeitslose Menschen mit Schwerbehinderung, Beschäftigte in den Werkstätten nicht mitgerechnet. 848 sind Akademiker und über 7000 haben eine schulische und berufliche Ausbildung, könnten als Fachkräfte eingesetzt werden. Über 6500 Betriebe beschäftigen keine einzige Person mit Schwerbehindertenausweis, obwohl sie es müssten. Aber über 5500 zeigen, dass es geht, weil sie die Quote übererfüllen.

Auch viele Ministerien erfüllen die Schwerbehindertenquote nicht.

Das ist wirklich bitter. Die Erwartun-

gen sind hoch. Andere Länder machen es vor. Das Land hat sich der Problematik angenommen, arbeitet daran, ein Konzept und Stellenpool umzusetzen. Es gibt viel Potenzial. Das Land ist ein Arbeitgeber, der für schwerbehinderte Mitarbeitende interessant ist und entsprechende Bedingungen schaffen will.

Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wird Ende des Jahres nicht so weit sein, wie sie sollte.

44 Stadt- und Landkreise als Träger der Eingliederungshilfe müssen vor Ort die Voraussetzungen für die Umsetzung schaffen. Sicher ist es eine große Umstellung. Die Träger kommen voran, werden aber das Ziel, alle Verträge und Aufgaben bis Ende 2023 umgestellt zu haben, nicht erreichen. Für die Menschen mit Behinderungen ist das enttäuschend. Bei ihnen muss das Bundesteilhabegesetz endlich im Alltag ankommen.

Was dauert denn so lange?

Viel Zeit haben die Vertragsverhandlungen zur Umsetzung des

Landesrahmenvertrags mit unterschiedlichen Ausgangslagen und Interessen benötigt. Diese Verhandlungen und Abschlüsse sind gerade die Grundlage, damit die Umstellung gelingen kann und das neue Recht bei den Menschen ankommt. Es sollen nicht mehr nur pauschal irgendwelche Vergütungssätze gezahlt werden. Entscheidend ist der Anspruch und Bedarf der Person, um individuell und möglichst selbstbestimmt zu leben.

Das Land schreibt den Landesaktionsplan UN-BRK mit einem breiten Beteiligungsprozess fort.

Es ist toll, wie viele Menschen mit und ohne Beeinträchtigung sich beteiligt haben. 257 Vorschläge wurden eingebracht. Sie beziehen sich auf die Bildungsgerechtigkeit im Sinne der Inklusion, ein barrierefreies Gesundheitsangebot, bessere Zugänge zum Arbeitsmarkt, Förderung von Kunst

und Kultur, barrierefreie Mobilität sowie Wohnraum. Dem Landesbehindertenbeirat ist wichtig, dass das Land seine teilhabepolitischen Ziele auf Grundlage der UN-BRK schärft. Es braucht Mechanismen, die sicherstellen, dass Gesetze Inklusion und Barrierefreiheit stärker abbilden und eingehalten werden und dass alle Landesprogramme diese Kriterien auch berücksichtigen. Die Landesregierung wird nun festlegen, was sie kurz-, mittel- und langfristig umsetzt.

Die UN-BRK ist seit fast 15 Jahren in Kraft. In manchen Bereichen ist man gefühlt kaum weiter.

In Baden-Württemberg wurden Gesetze, Projekte und Maßnahmen auf den Weg gebracht. Der aktuelle Koalitionsvertrag sieht so viele Inklusions- und behindertenpolitische Vorhaben vor, wie nie zuvor. Es gibt aber auch noch Baustellen. Es muss mehr Wissen und Verständnis rund um die UN-BRK in der Gesellschaft erreicht werden, sodass sie nicht nur auf dem Papier steht, sondern mit Leben gefüllt wird. Bund, Länder und Kommunen sind aufgefordert, die Artikel in ihren Gesetzen, Verordnungen und Satzungen konsequent einfließen zu lassen.

Ist die Inklusion in der Gesellschaft einfach nicht präsent genug?

Bei der Repräsentanz von Menschen mit Behinderungen müssen wir wirklich vorankommen. Beteiligung schafft Sichtbarkeit, Akzeptanz und Normalität. Wenn Menschen am Tisch sitzen und ihre Perspektive einbringen, die von Behinderung betroffen sind, hat es eine wichtige Wirkung. Es ist von Bedeutung, dass sie sich selbstverständlich engagieren können. Dafür braucht es Rahmenbedingungen: barrierefreie Zugänge, die offene Tür, einen Platz, jemanden, der einen Stuhl dazustellen, vielleicht auch mithilfe. Unser Landtag, die kommunalen Gremien sollten diese Diversität abbilden. Menschen mit Behinderung haben etwas zu sagen und zu unserer Gesellschaft beizutragen.

Das Gespräch führte Jennifer Reich

Tempo 30: Die Einigung ist gescheitert

STUTT GART. Über Zebrastreifen sollte unbürokratischer entschieden werden, über Tempo 30 oder 40, über Anwohnerparkplätze und verkehrsberuhigte Zonen: Monatlang haben Bund und Länder über eine Stärkung kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten im Straßenverkehrsrecht gerungen. Die Einigung ist im Bundesrat nun dennoch gescheitert.

Er sei „stinkesauer“, bekennt Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne), der sich auf Druck des Koalitionspartners bei der entscheidenden Abstimmung in der Länderkammer enthalten musste. Das von Thomas Strobl (CDU) geführte Innenministerium argumentiert mit der Verkehrssicherheit und der Notwendigkeit von Nachverhandlungen im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat. Belange des Gesundheits-, Umwelt- und Klimaschutzes sollten jene der Verkehrssicherheit gleichgestellt sein. Das Innenministerium will Letzterem weiterhin einen Vorrang einräumen.

„Wir hätten uns die Reform sehr gewünscht“, sagt eine Sprecherin des Städtetags, „denn Entscheidungen müssen dort getroffen werden, wo sie hingehören.“ (bjhw)

Kurz notiert

6000 Landesbeschäftigte demonstrieren für mehr Geld

STUTT GART. Am Donnerstag sind laut Beamtenbund knapp 6000 Landesbeschäftigte in Stuttgart auf die Straße gegangen. Auch in anderen Städten gab es Kundgebungen, wie Verdi mitteilte. Der Unmut der Beschäftigten ist laut Beamtenbund groß. Seit dem letzten Tarifabschluss Ende 2021 gab es eine Inflation von 6,9 Prozent 2022 und eine prognostizierte von 6,3 Prozent 2023. Es habe aber nur eine strukturelle Lohnerhöhung von 2,8 Prozent gegeben, die zum 1. Dezember 2022 umgesetzt wurde. Die Kaufkraft sei allein in diesem Jahr um 10,4 Prozent gesunken. (sta)

Hive: Mutmaßliche Hacker in der Ukraine festgenommen

STUTT GART. Mit Hilfe aus Baden-Württemberg konnten Mitglieder eines international agierenden Netzwerkes von Cyberkriminellen in der Ukraine festgenommen werden. Fünf Personen sitzen in U-Haft, weil sie für hunderte, dem Netzwerk Hive zugeordnete Cyberangriffe und Erpressungen verantwortlich sein sollen, wie die Staatsanwaltschaft Stuttgart und das Polizeipräsidium Reutlingen diese Woche mitteilten. (lsw)

Für 365 Euro im Jahr durch ganz Deutschland

STUTT GART. Junge Menschen in Baden-Württemberg können ab Dezember ein vergünstigtes Deutschlandticket kaufen. Wie das Verkehrsministerium am Mittwoch mitteilte, soll das Ticket das Jugendticket ablösen und 365 Euro pro Jahr kosten. Das Jugendticket gibt es seit März zu diesem Preis, es ist aber im Gegensatz zum Deutschlandticket nur in Baden-Württemberg gültig. (lsw)

Der Landtag feiert 70 Jahre Landesverfassung

STUTT GART. Mit einem Festakt hat der Landtag diese Woche an das Inkrafttreten der Landesverfassung vor gut 70 Jahren erinnert. Mit ihr vereinten sich Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern zum Südweststaat. „Erst mit dem gemeinsamen Vertrag der Landesverfassung wurden die drei Länder zu einer Wertegemeinschaft“, so Landtagspräsidentin Muhterem Aras (Grüne). Sie bilde das Fundament für die Erfolgsgeschichte des Landes. (sta)